

# Die Rote Fahne

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Redakt.: Berlin C 25, Al. Alexanderstr. 28, Tel.: B 1 Betolina 5481.  
Tel.-Adr.: Rotafahne Berlin, Verl.: Verein Zeitungsverlage GmbH.  
Berlin C 25, Al. Alexanderstr. 28, Postfach: Berlin NW 27 970.

Erscheint täglich außer Montags

Anzeigenerwaltung: Anzeigen-Expediton für die Arbeiterpresse  
G. m. b. H., Berlin SW 64, Hedemannstr. 23 I. Sammelnummer:  
Bergermann 7538. Schluß der Anzeigenannahme 16 Uhr.

Beitragpreis in Berlin u. Orten mit ein. Anstellung: pro Woche 60 Pf.,  
pro Monat 2,60 Pf. einm. Fernabrechnung pro Monat 2,60 Pf.  
nebst Postgebühren. Im Ausland 4,20 Pf., im Ausland 4,20 Pf.

Begründet von  
**Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg**

Anzeigendruck: Die Welt, Wilhelmstraße 95 St.; die Welt, Fern-  
mitteleuropäische 2,50 Pf. Arbeitervermittlung u. Familienamt; Wilhelmstraße 20 St.  
Steinweg 2; Zentral-Post, Ueberwalderstraße 30 St. Arbeitsmarkt; Worts 5 St.

## Sie blasen zur Kommunistenhaft!

Auflösung proletarischer Massenorganisationen angedroht — Ausweisungen als Auftakt zu verstärkter KPD-Unterdrückung

### Fort mit der Schleicher-Diktatur!

### 14 Jahre KPD.

Von Wilhelm Pieck

Die gestern von uns gemeldete polizeiliche Ausweisungssaktion gegen solche Werktätigen, die nicht die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen, aber verdächtigt werden, den Kommunisten nahe zu stehen, stellt sich immer mehr als Teil eines großartigen Polizeifeldzuges heraus, der von der Schleicher-Regierung in umfassender Weise gegen die kommunistische Partei und die proletarischen Massenorganisationen vorbereitet wird. Die Illustrierte, die über besonders gute Beziehungen zu den Polizeibehörden verfügt, kommentiert diese Ausweisungen wie folgt:

„Neben diesen Ausweisungsmaßnahmen wird sich die Polizei aber auch in anderer Weise mit der KPD. beschäftigen, vor allem werden die sogenannten Hilfsorganisationen genau beobachtet und man wird prüfen, inwiefern sie Nachfolgeorganisationen des aufgelösten Rot-Front-Kämpferbundes oder der verbotenen Gottlosen-Organisation sind. Stellt sich heraus, daß eine der Hilfsorganisationen eines der verbotenen Ziele weiter verfolgt, so will die Polizei auf dem Wege der Aufsichtungsverfügung vorgehen. Gleichzeitig werden verstärkte Maßnahmen gegen die kommunistische Zersetzungsaktivität innerhalb der Polizei und Reichswehr getroffen.“

Wie schnell sind die „sozialen“ Phrasen des Kanzler-Generals zerfallen. Wie sagte er noch in seiner Rundfunkrede: „Mein Programm besteht aus einem einzigen Punkt: Arbeit schaffen“. Jetzt zeigt Schleicher sein wirkliches Programm unter seiner Regierungsherrschaft ist die Hungerarmee der Erwerbslosen um mehr als eine Viertelmillion angewachsen. Keine Winterhilfe, keine Aufhebung der Papen'schen Unterstützungsabbauperordnung vom 14. Juni, trotz Parlamentsbeschluss. Keine Öffnung der Speicher und Kohlenhäfen. Aber Butterbeschränkungswang für Margarine! Teuerungsfeldzug durch neue Zoll- und Kontingentierungsgebühren! Und als wichtigster Programmpunkt: Draconische Maßnahmen gegen die KPD!

Schleicher verschärft die schändlichen Unterdrückungsmaßnahmen gegen die kommunistische Partei, weil sie die einzige Kraft ist, die das werktätige Volk zur Verteidigung seiner elementarsten Lebensinteressen gegen die kapitalistische Diktatur aufruft, weil sie an die Massen der Werktätigen appelliert, den Maßnahmen des Schleicher-Kabinetts mit denselben außerparlamentarischen Kampfmitteln entgegenzutreten, die bereits das Papen-Kabinetts hinweggefegt haben. Es ist das Klagenlied der Bourgeoisie, die revolutionäre Avantgarde des Proletariats zu zerlegen und zu vernichten, damit die Ausplünderung und politische Knechtung der Massen ins Ungemeinere gesteigert werden kann. Deshalb schreit sich Hitler die Kehle heiser nach dem Parteiverbot, deshalb hefte das führende Zentrumsorgan, die „Germania“, noch vor wenigen Tagen:

„Wenn nun Deutschland schon mehr als zwölf Jahre hindurch das besondere Tätigkeitsfeld der dritten Internationale abgegeben hat, dann fragt sich die erdrückende Mehrheit des deutschen Volkes, mit welchem Recht ausländische Institutionen die ohnehin schon bis zum äußersten überspannte Notlage eines Volkes in destruktiver Weise noch mehr zu beeinträchtigen sich erdreissten dürfen.“

Deshalb appelliert die schwerindustrielle „DIZ“ in ihrer geliebten Morgenausgabe an die Schleicher-Regierung, „den revolutionären Antrieben der kommunistischen Partei mit kraftvollen staatlichen Maßnahmen bis zu ihrer völligen Unterdrückung entgegenzutreten.“

Und deshalb stehen auch die Leipziger, Severing und Wels, die heute mit neuen Betrugsmanövern versuchen, die sozialdemokratischen Arbeiter und Gewerkschaftsmitglieder vor den Karren der Schleicher-Diktatur zu spannen, mit an vorderster Stelle in der großen „nationalen“ Hejront gegen die einzige revolutionäre Freiheitspartei.

Sie schreien über „Hochverrat“, Fortführung des Frontkämpferbundes und der verbotenen „Gottlosen“-Organisationen, aber nicht dort brüht sie der Schutz. Es ist unsere Streikorganisation gegen jeden Pfennig Lohnabbau, um die Zurückeroberung der geraubten Löhne, unsere Mobilisierung der Gewerkschaftsmitglieder gegen den Leipziger-Kurs, unser Massenkampf um die Öffnung der Speicher- und Kohlenhäfen, unsere fühne Offensive gegen Versailles und Tributneuschicht, unser jähher Kampf um die Gewinnung der sozialdemokratischen Arbeiter und Gewerkschaftsmitglieder für die proletarische Einheitsfrontaktion, unser erfolgreicher Einbruch in das Lager des Hitler-Faschismus. Das geht an ihren Lebensnerven! Dagegen wollen sie das ganze Feuer ihres Unterdrückungsfeldzuges konzentrieren.

Deshalb ist jeder Schlag gegen die kommunistische Partei und die proletarischen Massenorganisationen ein Schlag gegen die Lebensinteressen des werktätigen Volkes. Nicht von Schleicher, sondern einzig und allein von der Entfaltung der proletarischen Massenkraft hängt es ab, inwiefern die Bourgeoisie ihre neuen Unterdrückungs- und Verbotspläne verwirklichen kann. Darum Alarm schlagen in allen Betrieben, Stempelstellen und Arbeiterquartieren. Das Proletariat muß beweisen, daß es seine Partei und seine Massenorganisationen zu verteidigen versteht.

Im Feuer des Bürgerkrieges, den Ebert im Bunde mit den weißen Generalen gegen die revolutionären Arbeiter, Soldaten und Matrosen in Berlin eröffnete hatte, trat am 28. Dezember 1918 der Gründungsparlament der kommunistischen Partei Deutschlands zusammen. Die Vorhut der deutschen Arbeiterklasse hatte damals erst eine kleine Minderheit des Proletariats organisatorisch erreicht, in ihren Reihen herrschte noch in vielen Fragen Unklarheit und Verwirrung, die auch durch den Parteitag nicht beseitigt werden konnte; dennoch bedeutete dieser Parteitag einen Wendepunkt in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung von größter historischer Bedeutung.

Zum erstenmal wurde auf deutschem Boden eine Arbeiterpartei geschaffen, die sich vorbehaltlos auf den Boden des revolutionären Marxismus stellte, eindeutig den wichtigsten politischen Grundlag des Marxismus, den unverfälschten Klassenkampf für die proletarische Diktatur als den einzigen Weg zum Kommunismus, zur klassenlosen Gesellschaft erklärte. Damit sprach die junge KPD ihre volle Solidarität mit der Oktoberrevolution aus, bekannte sich offen zu den bolschewistischen Grundfragen und den Aufgaben einer revolutionären marxistischen Partei. Die KPD. eröffnete den Kampf nicht nur gegen die offenen Arbeiterverräter, die Ebert, Scheidemann, Noske, sondern auch gegen alle jene charakterlosen, feigen, betrügerischen Opportunisten, die unter dem Deckmantel revolutionärer Phrasen die reformistische Politik verteidigten. Die „unabhängigen“ Führer, die Haase, Wittmann und Hilferding spielten bei der Zerschlagung des Proletariats in den entscheidenden Monaten der Revolution eine noch verhängnisvollere Rolle als die zynisch-brutalen Führer der Sozialdemo-

## Der erste Tag des zweiten Plans

Feierlicher Auftakt zum 2. Fünfjahresplan — Es geht aufwärts mit der Arbeitsproduktivität — Deutsche Arbeiter wetteifern mit den russischen Klassengenossen

Moskau, 30. Dezember. (Eig. Drahtbericht unseres Moskauer St.-Sonderberichterstatters). In den letzten Tagen haben die Bolschewisten fast aller Betriebe die Vorbereitungen zum Tag der Stahbrigadier, dem ersten Tag des zweiten Fünfjahresplans, zu Ende geführt. Zahlreiche Betriebe geben bekannt, daß sie infolge des ungeheuren Schwungs der Stahbrigadierbewegung im Monat Dezember die Pläne vorfristig erfüllt haben. Der Kampf wird in erster Linie geführt um die Erhöhung der Arbeitsproduktivität. Eine gewaltige Massenbewegung für die Verbesserung der Produktion hat eingesetzt. Während die Arbeiter und Ingenieure des Charkower Traktorenwerkes im November 300 Verbesserungsvorschläge gemacht haben, haben sie in 24 Tagen des Monats Dezember 500 Vorschläge eingebracht.

Im Moskauer Betrieb Stanko-Sawod, der erst vor 10 Tagen eröffnet wurde, sind unter hervorragender Beteiligung deutscher Arbeiter 53 Verbesserungsvorschläge gemacht worden. Allein die Vorschläge eines Berliner Arbeiters werden 15 000 Rubel Ersparnis ergeben.

Auf dem Dynamo-Werk haben sich neue Rentabilitätsbrigaden gebildet, die den Namen „zweiter Fünfjahresplan“ tragen.

Am 31. Dezember finden in den Fabriken und im Moskauer Kulturpark Meetings der Stahbrigadier statt, in denen die reichliche Erfüllung des ersten Fünfjahresplans und der Übergang zum zweiten Fünfjahresplan gefeiert wird. Am Mitternacht werden überall Ansprachen gehalten. Am 1. Januar versammeln sich die

besten Stahbrigadier Moskaus im Kolonnenpaar der Gewerkschaften, um über ihre Erfolge zu berichten. Führer der Partei und der Gewerkschaften werden hier sprechen.

### Steigende Glendssinn

2 700 000 Wohlfahrtsarbeitslose gezählt!

Der Deutsche Städtetag teilt mit: Die Zahl der von den Gemeinden unterstützten Wohlfahrtsarbeitslosen ist nach den Ermittlungen der Arbeitsämter und Wohlfahrtsämter im November weiter stark gestiegen. Nach der amtlichen Zählung sind insgesamt 2 310 000 sogenannte „anerkannte“ Wohlfahrtsarbeitslose ermittelt worden, gegenüber dem Oktober rund 116 000 mehr. Nach den Ermittlungen des Städtetages treten zu der Zahl von 2 310 000 „anerkannten“ Wohlfahrtsarbeitslosen weitere rund 400 000 arbeitsfähige Erwerbslose hinzu, die gleichfalls von den Gemeinden unterstützt werden, die aber bei der amtlichen Zählung nicht berücksichtigt sind. Es handelt sich jedoch, wie nochmals ausdrücklich zu betonen ist, um durchaus arbeitsfähige und arbeitswillige Menschen und nicht etwa, wie gelegentlich behauptet ist, um künftige Armenpfleglinge, Sozialrentner, Kriegsbeschädigte, Krüppel usw., die in ihrer Gesamtheit nochmals mit einer Zahl von 1 600 000 den Gemeinden zur Last fallen. Nicht eingerechnet sind die Millionen von jeder Unterstützung ausgeschlossen, die von keiner Statistik erfaßt werden!

## Rotes Berlin! Heraus auf die Straße!

Zum Massenaufmarsch am Mittwoch, dem 4. Januar, 17 Uhr, im Lustgarten!